A4 Kenia noch retten?!

Antragsteller*in:	Landesvorstand (beschlossen am 21.9.19), Josepha Albrecht, Antonius Naumann, Martin Wandrey
Tagesordnungspunkt:	3. Sonstige Anträge

Antragstext

Eine kommende Regierung muss überzeugende Antworten auf wichtige Zukunftsfragen in zahlreichen Bereichen liefern.

Wir nehmen die kommende Aufnahme der Kenia-Koalitionsverhandlungen deshalb mit Sorge zur Kenntnis. Nach unserer Einschätzung birgt solch eine Koalition an vielen Stellen die Gefahr, dass konsequente Sozial- und Umweltpolitik untergraben oder blockiert wird. Daher beauftragen wir den neuen Landesvorstand, die Koalitionsverhandlungen kritisch zu begleiten und sich aktiv einzubringen. Im folgenden legen wir dafür einige Leitlinien fest.

Wir stellen uns in diesem Zusammenhang hinter die Forderungen von Fridays For Future Brandenburg und betonen die enorme Dringlichkeit radikal-ökologischer Politik.

Raus aus der Kohle, rein in den Strukturwandel!

Brandenburg muss bis zum Jahr 2030 aus der Braunkohleverstromung ausgestiegen sein. Dafür ist es zentral, dass keine neuen Tagebaue erschlossen werden, Welzow-Süd II darf nicht erschlossen werden. Die Region braucht einen klaren Ausstiegsfahrplan und einen nachhaltigen und sozialen Strukturwandel, der von Expert*innen gemeinsam mit den Menschen vor Ort gestaltet wird. Wir wollen Industriearbeitsplätze in nachhaltigen Technologien schaffen und dafür unter anderem das Bahnwerk in Cottbus stärken.

Landwirtschaft

Nachhaltige Landwirtschaft ohne Pestizide und Monokulturen schützt Böden, Klima und Artenvielfalt. Agrarsubventionen müssen daher vom Land Brandenburg ausschließlich nach Nachhaltigkeitskriterien vergeben werden, sofern die Vergabe in der Zuständigkeit des Landes liegt. Zudem muss die Umstellungsprämie für angehende Bio-Höfe massiv erhöht werden, sodass in 5 Jahren ein Viertel der Flächen ökologisch bewirtschaftet wird.
Massentierhaltung soll so schnell wie möglich gestoppt werden, denn Tierquälerei und Übersee-Futtermittelimporte sind aus unserer Sicht nicht vertretbar! Flächen im Besitz des Landes sollen bevorzugt ökologisch wirtschaftenden Landwirt*innen zur Verfügung gestellt werden. Es braucht ein Agrarstrukturgesetz, dass Investor*innen das Handwerk legt und stattdessen die vor Ort angesiedelten Landwirt*innen unterstützt.

Mobilität

Eine moderne Verkehrspolitik muss ökologische und massentaugliche Verkehrsmittel bevorzugen. Statt Stau, CO2 und Abgasen wollen wir ein eng gesponnenes Netz aus sicheren Fuß- und Radwegen, Bus- und Bahnverbindungen, welches das ganze Land abdeckt.
Wir fordern deshalb, die Verkehrsplanung und den Finanzrahmen primär auf die Bedürfnisse von ÖPNV, Fuß- und Fahrradverkehr auszurichten. Dazu gehören auch

ein Radschnellwege-Programm, das Radreferat im Ministerium, die Wiederbelebung alter Zugstrecken und neue landesbedeutsame Buslinien. Für Mobilität überall in Brandenburg, auch ohne eigenes Auto.

Drogenpolitik

Eine moderne Drogenpolitik muss Konsument*innen informieren und schützen statt sie zu kriminalisieren und Drogenkonsum unwissenschaftlich und unverantwortlich zu tabuisieren. Wir fordern daher sofort eine Erhöhung der straffreien Eigenbedarfsgrenze auf 10 bzw. 15 Gramm wie in Berlin. Anschließend muss die kontrollierte Legalisierung von Cannabis und gleichzeitig ein Werbeverbot für Alkohol, Tabakwaren und Cannabis im öffentlichen Raum kommen, um Konsument*innen eine unbeeinflusste und selbstbestimmte Konsumentscheidung zu ermöglichen und Jugendschutz zu garantieren.

Menschen menschenwürdig aufnehmen

Neben einem klaren Eintreten gegen Rassismus und Hass dürfen die Bedingungen für Geflüchtete in Brandenburg nicht weiter verschärft werden. In Brandenburg darf kein AnkERzentrum und kein Abschiebeknast gebaut werden. Wir stehen konsequent gegen Abschiebungen, vor allem in Krisengebiete wie Afghanistan.

Hochschule

Die Hochschullandschaft in Brandenburg muss endlich ausgebaut und besser finanziert werden. Prekäre Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft müssen beendet werden. Wir wollen einen Medizinstudiengang ohne Studiengebühren in Brandenburg und das Lehramtsstudium an der BTU Cottbus-Senftenberg einführen.

Frühkindliche Bildung

Kitas und Tageseltern müssen als Ort der Inklusion wahrgenommen werden, und als ein Ort, an dem sich jedes Kind frei von Geschlechterrollen entwickeln kann. Um diese freie Entwicklung zu erreichen, fordern wir eine zusätzliche Sprachförderkraft, um sprachliche Defizite frühzeitig zu kompensieren (und somit einen Schritt zu mehr Chancengleichheit zu gehen).
Um dem Fachkräfte Mangel entgegen zu wirken, fordern wir die Abschaffung der Ausbildungskosten zur Erzieherpersonen und stattdessen angemessene Vergütung!

Schulbildung/-system

Für eine größere Chancengleichheit in unserem Bildungssystem müssen wir die Selektierung nach der 6. Klasse stoppen und stattdessen Gesamtschulen stärken. Um dem Leistungsdruck, welcher der Entwicklung der Kinder nicht zuträglich ist, entgegen zu wirken, fordern wir anstatt Ziffernbenotung eine allumfassende schriftliche Leistungsdokumentation (am Ende jedes Halbjahres). Wir fordern bessere Inklusion, damit jedes Kind in seiner Individualität gefördert werden kann. Diese kann bspw. durch kleinere Klassen und ein entsprechend ausgerichtetes Lehramtsstudium erreicht werden.

Netzausbau

Wir begreifen einen schnellen und stabilen Internetzugang als Bestandteil sozialer Teilhabe. Dazu wird freies WLAN in den Innenstädten, sowie eine flächendeckende Breitband- und Mobilfunkversorgung benötigt. Wir fordern die zukünftige Landesregierung daher auf, FTTH (Fiber to the home) auszubauen,

flächendeckenden Mobilfunkausbau voranzutreiben und Freifunk-Initiativen zu fördern, sowie selbst öffentliches WLAN anzubieten.

Freie Software auf Kommunal- & Landesebene

Software, die aus öffentlichen Geldern entwickelt wird, muss auch für die Öffentlichkeit einsehbar sein. Wir fordern daher, dass die öffentliche IT-Infrastruktur auf quelloffene, freie Software umsteigt und auch Eigenentwicklungen als freie und quelloffene Software zur Verfügung gestellt werden, damit diese von anderen Kommunen und Bundesländern genutzt werden können.

Haushalt und Finanzen

Wir wollen, dass jede Investitions- und Fördermaßnahme nach sozialen und ökologischen Kriterien zu prüfen ist. Monopolstrukturen wollen wir entgegenwirken. Erwirtschaftete Gewinne sollen in der Region bleiben. Daher fordern wir eine Kehrtwende in der Haushalts- und Förderpolitik. Brandenburg braucht eine Transformation der Wirtschaft, die der Klimakrise gerecht wird und allen Menschen und nicht den Profiten von wenigen (meist nicht einmal Brandenburger Investor*innen) dient. Hierzu braucht es verbindliche soziale und ökologische Kriterien für alle Investitionen und zur Vergabe von allen Fördermitteln.

Wohnen & Bauen

Um der Wohnungsnot entgegenzuwirken, muss dringend gegen die Nutzung von Wohneigentum als Spekulationsobjekt vorgegangen werden, die zukünftige Landesregierung soll daher gesetzlich gegen vermeidbaren Leerstand von Wohnraum vorgehen. Dort, wo Flächen zur Bebauung vom Land zur Verfügung gestellt werden, soll die Vergabe nach sozialen und ökologischen Kriterien erfolgen, um dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum bei kleinstmöglicher Flächenversiegelung zu schaffen.

Klare Kante gegen Rechts

Wir streiten für eine weltoffene, diskriminierungsfreie und gleichberechtigte Gesellschaft.
Das fordern wir als GRÜNE JUGEND Brandenburg auch von Koalitionspartner*innen der Partei Bündnis 90/Die Grünen. Das heißt, jegliche Kooperationen der Koalitionspartner*innen mit der AfD müssen zu einer Beendigung und Neuverhandlung der Koalition führen.
Gelder für Projekte gegen Rechts wie "Tolerantes Brandenburg" gehören deutlich aufgestockt.

Ostdeutsche Probleme und Herausforderungen

30 Jahre nach der friedlichen Revolution sieht man die ehemalige innerdeutsche Grenze noch an vielen Stellen. Sei es auf Karten, die das Durchschnittseinkommen zeigen, das Durchschnittsalter oder die Lebenszufriedenheit. Kein*e Unipräsident*in kommt gebürtig aus Ostdeutschland, ein Großteil der Brandenburgischen Verwaltungselite hat seine Wurzeln außerhalb des Landes. Wir machen uns stark für vielfältige Repräsentation, auch durch Ostdeutsche, und erwarten, dass dies auch bei der Regierungsbeteiligung von Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg erfüllt wird.

Vielfältige Regionen überall attraktiv

Brandenburg ist nicht nur das Umland von Berlin, sondern ein vielfältiges Bundesland mit unterschiedlichen Regionen. Menschen in allen Regionen müssen gleichwertige Perspektiven haben. Dafür braucht es insbesondere für junge Menschen Ausbildungsangebote, Freiräume und Wohnraum. Wichtig ist auch gesellschaftliche und politische Pluralität, niemand hat Bock darauf, irgendwo zu leben, wo man sich für eine progressive Meinung rechtfertigen muss. Daher muss vielfältiges, politisches Engagement abseits von Parteien und etablierten Strukturen breite Unterstützung erfahren.

Begründung

erfolgt mündlich